

(03.11.2016 –17.11.2016)

# Grüner Pressespiegel

*Rathausfraktion*

## **14.11.2016 - Herzlichen Glückwunsch, documenta-Stadt Kassel!**

„Wow, das sind tolle Nachrichten für die documenta-Stadt Kassel“, freut sich Dieter Beig, Fraktionsvorsitzender der Kasseler Grünen, über die Zusage des Bundes, 12 Millionen Euro für den Bau eines documenta-Instituts bereitzustellen. „Damit folgt die Bundesregierung der schwarz-grünen Landesregierung in der Einschätzung, dass die documenta erstens in Kassel zuhause ist und zweitens auch zwischen den Ausstellungen einen angemessenen Ort braucht, um documenta-Kunst erleb- und erfahrbar zu machen.“

„Wir danken außerdem dem Oberbürgermeister und Kulturdezernenten Bertram Hilgen, dass er sich nun offenkundig mit Erfolg für dieses Projekt eingesetzt hat.“ Der Bau eines documenta-Instituts sei nicht nur kulturell, sondern auch städtebaulich eine besondere Chance für unsere Stadt. „Wir Grüne werden uns deshalb dafür stark machen, dass in einem offenen Wettbewerb der bestmögliche Standort in der Innenstadt mit einem attraktiven Gestaltungskonzept gefunden werden kann.“

Überlegen müsse man auch, ob man die heimische Wirtschaft dafür gewinnen könne, sich an dem Projekt zu beteiligen. Diese Beteiligung wäre für die documenta eine Erweiterung und Festigung der guten Zusammenarbeit zwischen Kultur und Wirtschaft in der Region, die Großsponsoren seit Jahren unter Beweis stellen.

*Rathausfraktion*

## **14.11.2016 - Bittere Bilanz - Kassels Katzenschutzverordnung liegt auf Eis**

„Dass die Kastrations- und Registrierungspflicht für freilaufende Katzen nicht kommen soll, ist inakzeptabel“, so Christine Hesse, tierschutzpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. „Damit berauben wir uns unnötigerweise der Möglichkeit, das Katzenelend zu verringern, den Tierschutz in den Vordergrund zu stellen und die Tierschutzorganisationen zu entlasten. Wir hätten uns an dieser Stelle mehr Mut vom Oberbürgermeister gewünscht.“

„Der Verweis auf die Rechtslage zieht nicht. Darmstadt ist ebenfalls eine kreisfreie, hessische Stadt und hat längst gehandelt.“ Kassel brauche unbedingt die Katzenschutzverordnung, weil auch die Tierschutzvereine und das Tierheim an den Grenzen

im Kampf gegen das Tierleid angeht seien. Die Umsetzung, darin seien sich Tierschützer einig, sei überfällig. „Das Problem lässt sich in Zahlen ganz leicht verdeutlichen: Eine Katze kann dreimal pro Jahr trächtig werden und bis zu sieben Junge werfen. Jeder Versuch, sich erst um die Katzen zu kümmern, wenn sie bereits leiden, muss angesichts dieser Zahlen scheitern.“ Mit der Katzenschutzverordnung könne dieses Problem tierschutzgerecht und effizient gelöst werden, da sich die Tiere per Kastrationspflicht nicht unkontrolliert vermehren können. „Je früher wir mit der Kastration beginnen, desto weniger Fundtiere gibt es, desto geringer sind die Kosten für die Unterbringung der Fundtiere, Tierleid wird vermieden und zudem die Fauna geschützt.“

*Rathausfraktion*

## **11.11.2016 - Mehr Sicherheit durch Radfahrstreifen an der Wolfhager Straße**

„Im Bereich der Bahnunterführungen an der Wolfhager Straße ist ein Schutzstreifen rot markiert worden. Das verbessert die Sicherheit für Radler\*innen deutlich“, so Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. Anstoß für diese Arbeiten war ein von den Grünen eingebrachter Antrag, der von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen wurde.

Zwar sei der Bereich aufgrund der engen Fahrbahn immer noch ein Gefahrenpunkt für Fußgänger\*innen und Radler\*innen. Die Markierung des Radwegs stelle aber eine deutliche Verbesserung dar. Eine Weiterführung des Radfahrstreifens an der Wolfhager Straße Richtung Innenstadt ist aus Sicht der grünen Verkehrspolitikerin wünschenswert.

*Karin Müller, MdL*

## **11.11.2016 - Kassels Tapetenmuseum ist gesichert**

Die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller, freut sich über Aufnahme des Deutschen Tapetenmuseums im Hessischen Haushalt 2017. „Die Landesregierung setzt damit einen wichtigen Punkt zur Stärkung unserer Stadtkultur. Das Museum für Tapeten- und Raumkunst ist ein Anziehungsort mit wunderbaren Kunstobjekten und hat zudem eine große kulturelle Bedeutung für unseren Kulturtourismus“, so Müller.

Das Tapetenmuseum umfasst neben historischen Wandbekleidungen auch wegweisende Objekte aus zeitgenössischen Tapetenkollektionen. Mit dem geplanten Neubau des Museums am Grimmplatz, wird

auch die Einbeziehung der historischen Torwache ermöglicht. Die erforderlichen Mittel für die Planung werden bereitgestellt, womit auch die weiteren Schritte geplant werden können. Ein Architektenwettbewerb soll in 2017 starten, damit schnell eine Bau- und Finanzierungsvorlage mit Zeitplan erfolgen kann. „Förderungen im Kulturbereich sind eine der wichtigsten Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg Kassels sowie Hessens“, so Müller abschließend.

*Nicole Maisch, MdB & Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB*

### **10.11.2016 - Schuldnerberatung ausbauen, Finanzkompetenz stärken**

Zum SchuldnerAtlas 2016 erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik, und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Sprecher für Sozialpolitik:

Die Bundesregierung darf sich nicht mehr länger vor dem Problem verstecken, dass jede zehnte Person über 18 überschuldet ist. Die Zahlen verdeutlichen: Nicht alle Menschen profitieren vom wirtschaftlichen Aufschwung. Es droht ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft. Gerade die Zunahme bei den Fällen mit hoher Überschuldungsintensität zeigen, dass dem Thema endlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Doch die Bundesregierung hat mal wieder keinerlei Konzepte in der Hand.

Die Große Koalition wäre angesichts der erschütternden Zahlen gefordert, Maßnahmen zu ergreifen. Wir wollen, dass die Finanzkompetenz der Bevölkerung gestärkt wird. Bei der Vergabe von Krediten muss gesetzlich gefordert werden, dass bei allen Kreditformen stärker auf die Kreditwürdigkeit der Personen zu achten ist. Schuldnerberatungen müssen ausgebaut werden. Außerdem brauchen wir Konzepte gegen Armut, die von vornherein eine Verschuldung vermeiden, sowie einen Regelsatz für Erwachsene und Kinder, der ein menschenwürdiges Existenzminimum garantiert.

*Nicole Maisch, MdB & Friedrich Ostendorff, MdB*

### **08.11.2016 - Tierwohllabel: Klare Kennzeichnung statt Greenwashing**

Zum geplanten Tierwohllabel von Agrarminister Schmidt erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucher- und Tierschutzpolitik, und Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Dieses Label ist ein Ausweichmanöver von Christian Schmidt. Er drückt sich vor einem klar verbindlichen Verbraucherschutz. Mit der Eierkennzeichnung haben wir ein System unter der grünen Agrarministerin Renate Künast etabliert, das transparent und erfolgreich ist. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind damit vertraut – es funktioniert. Wir fordern, dass

diese klare Kennzeichnung auch beim Fleisch angewandt wird. Auf jedem Steak und jeder Tüte Milch muss klar erkennbar sein, wie das Tier gehalten wurde – ein freiwilliges Greenwashing-Siegel braucht keiner.

Bei der Initiative Tierwohl der Wirtschaft haben wir gesehen, dass minimale Verbesserungen nicht zwingend zu mehr Tierschutz führen. Warum will der Minister diesen Weg gehen, wenn mit der Eierkennzeichnung so gute Erfahrungen gemacht wurden? Zum Ende der Amtszeit möchte der Ankündigungsminister etwas vorweisen – aber dann sollte er das Kennzeichnungsproblem auch konsequent lösen. Zusätzlich müsste er klären, dass der Mehraufwand neuer Kennzeichnungen nicht an den Bäuerinnen und Bauern hängen bleibt.

*Waldauer Grüne*

### **07.11.2016 – Lärmschutz jetzt und nicht irgendwann**

„Lärmschutz jetzt und nicht irgendwann“ fordert der Stadtteilverband Waldau von Bündnis 90 / Die Grünen in Kassel und bezieht sich dabei auf die aktuelle Diskussion um einen möglichen Ausbau der A49. „Wer – wie Herr Vieshon - jetzt die Lösung der Lärmprobleme für die Anwohnerinnen und Anwohner entlang der A49 (Südtangente) zwischen den Anschlussstellen Baunatal und Kassel-Industriepark (Waldau) durch Planungen eines sechsspurigen Ausbaus der A49 in diesem Bereich bis in die Jahre weit nach 2030 verschieben will, missachtet die Belastungen der heutigen Anwohnerinnen und Anwohner.“ Das jedenfalls meint Jürgen Blutte (Grüne) Ortsbeiratsmitglied im Ortsbeirat Kassel-Waldau. Wer zudem mehr Lärmschutz an die Verbreiterung einer Straße koppelt, handele nach der Devise, den Lärmteufel mit dem Emissionsbeelzebub austreiben, meint Blutte weiter. Denn breitere Straßen bedeuteten erst einmal mehr Verkehr und damit mehr Lärm und mehr Emissionsausstoß.

„Die Bewohnerinnen und Bewohner entlang des betroffenen Abschnitts haben heute Anrecht auf eine deutliche Lärmreduzierung und nicht erst in zwanzig Jahren“, stellen die Grünen aus Waldau fest. Neben hohen Lärmschutzwänden gäbe es auch die Möglichkeit weiterer Temporeduzierungen auf 80km/h oder sogar auf 60km/h, um die Lärmbelastung zu reduzieren und die Verkehrssicherheit auf dem belasteten Autobahnabschnitt zu erhöhen. Der BUND habe in einer Studie nachgewiesen, dass besonders wirkungsvoll im Hinblick auf Lärmreduzierung Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen für PKW auf 80km/h und für LKW auf 60 Km/h seien. Die Spitzenpegel können dadurch für LKW um bis zu 10dB(A) und für PKW um bis zu 3 dB(A) reduziert werden.

Als erfolgreiches Beispiel zeige die Geschwindigkeitsreduzierung auf 60km/h entlang der

Berliner Autobahn A100, dass eine wirksame Lärmreduzierung so erreicht werden kann.

„Wir sollten alle jetzt zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, damit der Lärm jetzt an der A49 reduziert wird“, fordern die Grünen aus Waldau.

*Rathausfraktion*

#### **04.11.2016 - Bürgerversammlung zur Netzreform? Gerne!**

„Einer Bürgerversammlung zur Information über den aktuellen Stand der KVG-Netzreform steht aus grüner Sicht nichts entgegen“, unterstützt Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen, die Forderung der Initiative Nahverkehr für Alle nach einer Bürgerversammlung. „Nach der umfangreichen Einarbeitung von Verbesserungsvorschlägen aus dem Bürgerbeteiligungsprozess kann im Rahmen einer solchen Versammlung ein Überblick über die aktuelle Variante erfolgen, die dann den Stadtverordneten zur politischen Beratung vorgelegt werden soll.“

„Wir Grünen glauben, das überarbeitete Ergebnis der Netzreform kann sich sehen lassen.“ Besonders positiv seien die Angebotsverbesserungen am Samstagnachmittag, die Taktverdichtungen auf mehreren Linien sowie das überarbeitete Busnetz, das besser an die bestehende Nachfrage angepasst sei. Das positive Ergebnis sei auch dem umfassendsten Bürgerbeteiligungsprozess zu verdanken, den es in Kassel bisher gegeben habe.

Nach Berechnungen der Universität Kassel führe die Überarbeitung des Netzes zu einer deutlichen Erhöhung der Fahrgastzahlen und damit voraussichtlich zu Mehreinnahmen der KVG in Höhe von 600.000 € jährlich. „Einige Vertreter der politischen Parteien werden nicht müde, zu behaupten, die Reform sei ein Sparbeschluss. Die wirtschaftliche Tragfähigkeit des neuen Netzes resultiert aber überwiegend aus den Mehreinnahmen aufgrund einer besseren Anpassung an die Nachfrage“, so Eva Koch.